

„Mit uns lebt Europa!“

Offene Grenzen – Wohlstand und Sicherheit für Brandenburg

Seehotel „Seminaris“
Potsdam, 24. April 2004

Norbert Glante

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: 24. April 2004, 11.00 Uhr

Brandenburg im alten und neuen Europa

Begrüßung und Anrede,

wir alle leben in einer Welt der Beschleunigung. Tempo, Tempo heißt es überall. Selbst der Globus scheint sich schneller zu drehen. Per Mouseclick werden über das Internet in Sekunden unvorstellbare Geldmengen bewegt. Aktienbörsen und Märkte, die früher noch national agierten, folgen heute in sekundenschnelle der amerikanischen Leitbörse in der New Yorker Wallstreet. Nicht nur das Kapital ist flüchtig, auch die Produktion von Waren und damit die Arbeitsplätze ziehen um die ganze Welt. Globalisierung heißt die Zauberformel, mit der wir versuchen, mit dem beschleunigten Tempo der Welt Schritt zu halten.

Was ist gemeint, wenn wir von Globalisierung reden? Zitat: „Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Genügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen

voneinander (...) die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich ...“ (Ende des Zitats)

Liebe Genossinnen und Genossen,

ihr habt es längst gemerkt, was hier mit unübertroffener Weitsicht formuliert ist, stammt aus dem „Kommunistischen Manifest“ von 1848, verfasst von Karl Marx und Friedrich Engels – ohne Zweifel: zwei große Köpfe der Arbeiterbewegung.

Der zitierte Abschnitt ist heute so klug und zutreffend formuliert wie damals. Eine atemberaubend aktuelle Beschreibung mit globaler Dimension. Nur eines fehlt: Neben der ökonomischen und kulturellen Unterwerfung unter die Gesetze des globalen Wandels gibt es auch einen starken politischen Prozess der Vereinheitlichung und der Vereinigung. Er erfasst ganze Kontinente und reicht bis hin zu den Vereinten Nationen. In diesem Sinne ist auch die Europäische Union Ausdruck der Globalisierung.

Wir Brandenburger haben dies in einer historisch wahrlich sehr kurzen Zeitspanne erlebt und auch erlitten: Vor 15 Jahren ließen wir das hinter uns, was die vermeintlichen Erbwalter von Marx und Engels „real existierenden Sozialismus“ nannten. Das Land Brandenburg entstand wieder. Wir wurden Teil des geeinten Deutschland und ein Teil der Europäischen Union. Heute stehen wir am Vorabend des endgültigen Zusammenwachsens Europas. Und wir sind heute - wie 1989 - der Meinung, dass Brandenburg sehr viel, ja seine ganze Zukunft zu gewinnen hat in einem geeinten Europa. Und wir wissen, wie viel wir dabei den Polen zu verdanken haben. Deshalb reichen wir am 1. Mai unseren polnischen Nachbarn die Hand. Gemeinsam werden wir unsere Zukunft bauen – getrennt können wir nur verlieren.

Zur Erinnerung, was wir jetzt schon alles gewonnen haben:

Eine Union, die in ihrer Gestalt und mit ihren Eigenschaften einzigartig auf der Welt ist. Sie ist eine Solidar- und Wertegemeinschaft, die in den vergangenen Jahrzehnten für ihre Mitgliedsländer Wohlstand, Frieden und Sicherheit gebracht hat. So hat Brandenburg in den letzten 15 Jahren von der Regionalpolitik der EU und der Solidarität der anderen Mitgliedstaaten außerordentlich profitiert. Rund drei Milliarden Euro fließen allein in der derzeitigen Förderperiode in unser Land.

Brandenburg in der Europäischen Union ist aber mehr als ein Empfänger von Fördergeldern. In den vergangenen Jahren hat sich Brandenburg als Standort für Forschung und Innovation einen Namen gemacht. Mit der Bewerbung für die Kulturhauptstadt 2010 unterstreicht Potsdam als Landeshauptstadt unsere kulturelle Verbundenheit mit Europa. Brandenburg rückt mit der Erweiterung von einer Randlage in die geografische Mitte der Europäischen Union. Es übernimmt damit eine Brückenfunktion zwischen dem alten Europa, der 15 Mitgliedstaaten, und dem neuen Europa der 25.

Liebe Freundinnen und Freunde,
die SPD kann sich im Europawahlkampf mit einer erfolgreichen Bilanz präsentieren. Die SPD ist heute wieder **die** Europapartei in Deutschland. Das Beispiel Außenpolitik zeigt dies:

Als vor mehr als einem Jahr die Frage beantwortet werden musste, wie die internationale Staatengemeinschaft zum Krieg gegen den Irak Saddams steht, entschieden sich CDU/CSU für den Weg der USA und damit für den Krieg. Frau Merkel reiste in die USA um dem amerikanischen Präsidenten Bush, ihre ehrerbietigste Aufwartung zu machen. Dies wurde nur noch übertroffen vom „**Oppositionsführer**“ in der brandenburgischen Landesregierung, Jörg Schönbohm, der eifertig eine kaum verhohlene Unterwerfungserklärung unter die amerikanische Kriegsstrategie per Brief in die USA schickte. Und frech verlangte Herr Schönbohm von Wolfgang Thierse eine Geste der Dankbarkeit gegenüber den Amerikanern. Nun erklärt der brandenburgische Sicherheitsexperte Jörg Schönbohm im Fernsehen, Zitat: „Man hat damals auf der Basis vorgetragener Fakten eine Entscheidung getroffen, und die Fakten haben nicht gestimmt.“

Herr Minister Schönbohm,
wenn dies nicht nur ein taktischer Rückzug des altgedienten Bundeswehrgenerals Jörg Schönbohm ist, wenn Sie die Fakten sprechen lassen wollen, dann entschuldigen Sie sich beim Präsidenten des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse!

Mit einem Kanzler der CDU/CSU stünden heute mit großer Wahrscheinlichkeit deutsche Soldaten, auch aus Brandenburg, in Irak. Wir begrüßen die Kurskorrektur der

Unionsparteien in der Frage des Irakkriegs. Als Europaparteien haben sich die Unionsparteien dennoch gründlich disqualifiziert.

Wer bei der Europawahl ein starkes und friedliches Europa wählt, der wählt SPD.

Liebe Freundinnen und Freunde,
ein Wort zu den Pazifisten der PDS, die glauben, den Verfassungsentwurf nicht mittragen zu können, weil er zu militärischer Hochrüstung in Europa führe. Liebe Sozialisten aus alten Tagen, die Zeiten, wo ihr geglaubt habt, dass der Frieden schwer bewaffnet sein muss, scheinen für euch ja wohl vorbei zu sein, aber ist das ein Grund, die Augen vor der Realität zu verschließen? Wollt ihr tatsächlich auf Dauer der US-Army die Sicherung des Friedens in Europa übertragen, auf dem Balkan und wo immer dies in Europa vielleicht einmal unumgänglich sein wird? Oder soll dies alles ausschließlich mit nationalen europäischen Armeen geschehen?

Eine EU mit 25 nationalen Armeen, mit 25 nationalen Geheimdiensten und mit 25 national operierenden Polizeien ist auf Dauer absurd. Eine vollständig „entwaffnete“ EU in einer nach wie vor übermilitarisierten Welt dagegen auch. Natürlich kann der Terrorismus, der Krieg des 21. Jahrhunderts, nicht mit Panzern und Flugzeugen bekämpft werden. Wer aber die UNO bei Friedenseinsätzen unterstützen will, der braucht eine möglichst gute Ausrüstung für seine Soldaten. Unsere Soldaten werden wir nicht in Friedenseinsätze schicken, ohne sie so gut wie möglich darauf vorzubereiten und auch auszurüsten. Völkermord und Staatsterrorismus wird nicht gestoppt durch pazifistische Beschwörungsformeln oder Beten. Das sollte niemand besser wissen, als die deutsche Linke. Ein linker Isolationismus hilft uns in Europa nicht weiter. Soviel zur PDS.

Die SPD steht dafür ein, Europa zu einer Friedensmacht auszubauen. Der Weg dahin führt über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Damit meinen wir nicht nur die militärische Einsatzfähigkeit Europas, sondern vor allem auch die Fähigkeit zur Konfliktprävention und Friedenserhaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass Europa seiner Rolle in der Welt gerecht werden kann und vernünftige Antworten auf die globalen Bedrohungen wie den Terrorismus, aber auch zur Überwindung der Armut und ethnischer und religiöser Konflikte findet. Wir setzen uns für ein friedliches Europa ein, das auf Zusammenarbeit und internationales Recht baut.

Die SPD, unsere Partei: Stark für ein friedliches Europa!

Im Europäischen Parlament haben sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegen eine ungezügelte Liberalisierung der Märkte stark gemacht. Gerade in Deutschland spielt die öffentliche Daseinsvorsorge als wichtige Aufgabe von Gemeinden, Landkreisen und Städten eine große Rolle. Die kommunale Selbstverwaltung darf nicht durch unüberlegte Privatisierungen zum Opfer neoliberaler Beutepolitik werden. Die Kommunen müssen auch in Zukunft selbst entscheiden dürfen, ob sie ihre Dienstleistungen von allgemeinem Interesse privatisieren oder ob sie diese Dienste selber anbieten wollen. In zentralen Bereichen sind wir gegen eine Liberalisierung. Die Wasserversorgung ist ein solcher Fall. Große Teile der Konservativen und Liberalen im Europäischen Parlament wollen die Versorgung der Menschen auch in elementaren Bereichen zugunsten der freien Kräfte des Marktes öffnen. Dazu sagen Sozialdemokraten: Nein!

Die Chancengleichheit für Männer und Frauen in allen Bereichen, soziale Gerechtigkeit und soziale Mindeststandards sind für uns ebenso Teile des europäischen Sozialmodells wie der Wille, Globalisierung zu gestalten und eine faire Teilhabe aller durchzusetzen. 14 Millionen Menschen ohne Arbeit in Europa sind 14 Millionen zu viel. Wir wollen bestehende Arbeitsplätze sichern und mehr Beschäftigung schaffen. Ein entscheidendes Instrument, um dies zu erreichen, ist die europäische Forschungs- und Wissenschaftspolitik. Europa muss weltweit wieder an die Spitze bei marktorientierter öffentlicher, aber auch industrieller Forschungsförderung. Die Wege aus den Entwicklungsabteilungen von Forschung und Wissenschaft zu marktorientierten und wettbewerbsfähigen Produkten sind noch immer viel zu lang.

Liebe Freundinnen und Freunde,
in den vergangenen fünf Jahren war es sehr schwierig, eine sozialdemokratische Handschrift in die europäische Gesetzgebung zu bringen, denn die konservativen Kräfte in Europa hatten eine deutliche Mehrheit. Da fast 70 Prozent der nationalen Gesetze auf Vorgaben aus Brüssel zurückgehen, kämpfen wir bei der Europawahl ganz entschieden darum, dass die Sozialdemokraten in Brüssel wieder die Mehrheit bekommen.

Das Europäische Parlament muss weiter gestärkt werden. Seine Entwicklungsgeschichte ist lang: von einer beratenden Versammlung in den 50er Jahren, über ein direkt gewähltes und demokratisch legitimes Organ der Europäischen Gemeinschaft hin zu einem vollwertigen Mitgesetzgeber.

Liebe Freundinnen und Freunde,
die Brandenburgerinnen und Brandenburger stehen der Erweiterung mit gemischten Gefühlen gegenüber. Das habe ich bei vielen Veranstaltungen und persönlichen Gesprächen vor Ort erfahren. Hoffnungen und Ängste, Chancen und Risiken werden mit der EU-Osterweiterung verbunden. Vieles ist verständlich und berechtigt. Anderes zielt ohne Umschweife darauf ab, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz gegenüber dem Nachbarn zu schüren. Das haben wir und das werden wir immer entschieden bekämpfen.

Polen erreicht mit dem Beitritt das, was die neuen Bundesländer durch die Wiedervereinigung erreicht haben. Nach zehnjährigen Verhandlungen wird das Land Teil der Europäischen Union, fast 15 Jahre später als Brandenburg. Polen und die anderen beitretenden Länder werden wie Brandenburg die Solidarität der anderen Mitgliedstaaten brauchen, damit Entwicklungsunterschiede ausgeglichen werden können. Diese Solidarität darf den neuen Mitgliedstaaten nicht verwehrt bleiben. Dafür vergrößert sich der Raum des Friedens, der Demokratie, der Freiheit und des Rechts zum Wohle aller in Europa lebender Menschen.

Niemand in der Europäischen Union muss Angst davor haben, dass sich über Nacht - vom 30. April zum 1. Mai - durch den Beitritt zehn neuer Staaten schlagartig Veränderungen ergeben. Viele Reformen, die für den Beitritt Polens und der anderen Länder Mittel- und Osteuropas Voraussetzung waren, sind in diesen Ländern bereits in Kraft getreten. Für viele andere Regelungen sind in den Beitrittsverträgen Übergangsfristen von bis zu sieben Jahren vereinbart worden. Das gilt vor allem für sensible Bereiche wie die Freizügigkeit der Arbeitnehmer oder die Dienstleistungen. Ob wir diese Übergangsfristen wirklich brauchen, wird sich sehr bald zeigen. Schon jetzt bedauern viele Grenzstädte, wie Frankfurt (Oder) oder Guben, dass diese Fristen die notwendige Suche nach Fachkräften auch jenseits der Grenze weiterhin erschweren und die Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen nicht in dem Maß von der Erweiterung profitieren können, wie sie dies wünschen. Niemand in der Europäischen Union muss

Angst haben vor einem Sozialdumping in den neuen Mitgliedstaaten. Mit dem Beitritt zur Union gelten die hiesigen Mindeststandards auch in diesen Ländern. Angst vor Sozialdumping in Polen müsste Brandenburg nur dann haben, wenn Polen nicht der Europäischen Union betreten würde.

Mit dem Beitritt wird sich auch die Möglichkeit der Strafverfolgung innerhalb und zwischen den Ländern verbessern. Kriminalität ist ein internationales Problem. Es wird keine nationalen Inseln ohne Verbrechen geben. Insofern ist die Furcht vor einem Anwachsen der Kriminalität, bedingt durch die Vereinigung Europas, viel zu kurz gedacht.

Der europäische Binnenmarkt vergrößert sich um fast 100 Millionen Menschen - ein großes Potenzial, von dem vor allem Länder wie Deutschland profitieren werden. Jetzt können die ostdeutschen Bundesländer wieder erfolgreich an ehemalige Geschäftsverbindungen anknüpfen. Hier haben wir einen Vorsprung gegenüber anderen Regionen, den wir nutzen werden.

Gute wirtschaftliche Beziehungen werden aber nicht ausreichen, um die Menschen in Brandenburg und Polen einander näher zu bringen. Ängste und Vorurteile entstehen aus Unwissenheit und durch Unkenntnis des Anderen. Nur wenn sich die Brandenburger und Polen besser kennen lernen, die andere Kultur und Sprache besser verstehen, werden sich Angst und Ablehnung umwandeln in ein fruchtbares Miteinander.

Liebe Freundinnen und Freunde,
die meisten von euch kennen das eine oder andere Projekt, das mithilfe der Europäischen Union gefördert wurde. In Brandenburg gibt es Hunderte von Projekten, die aus den Strukturfonds oder anderen Förderprogrammen der EU finanziert wurden.

Die Strukturförderung ist europäische Solidarität mit dem Ziel, Entwicklungsunterschiede zwischen den verschiedenen Regionen Europas auszugleichen. Brandenburg ist derzeit Höchstfördergebiet der Union, eine Tatsache, die mit einem lachenden und einem weinenden Auge zu sehen ist. Höchstfördergebiete sind Regionen, deren Bruttoinlandsprodukt unter 75 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Darauf können wir sicher nicht stolz sein. Andererseits ermöglicht dieser Status eine Reihe von Investitionen, die ohne die Gelder aus Brüssel so nicht möglich wären.

Die jüngste öffentliche Debatte im Land um europäische Fördermittel zeugte nicht gerade von ausgeprägtem Selbstbewusstsein. Es kann nicht oberstes Ziel Brandenburger Politik sein, auch weiterhin in die höchste Förderstufe eingeordnet zu werden, denn das hieße, wir halten es gar nicht für möglich, unser Bruttosozialprodukt über die 75 Prozentgrenze zu bringen, also besser zu werden. Kommt eine Region über 75 Prozent, so ist dies doch zuallererst auch ein positives Zeichen, vor allem ist es auch der Beweis für eine erfolgreiche europäische Förder- und Strukturpolitik.

Es ist klar: Mittelfristig wird sich Brandenburg auf eine abnehmende Förderung einstellen müssen. Doch für die ersten Jahre nach 2006 trifft dies nur in geringem Umfang zu. Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben hierzu eine "Ziel 1"-ähnliche Anschlussfinanzierung durchsetzen können. Aber es bleibt auch dabei: Um in der kommenden Förderperiode maximal von der europäischen Hilfe zu profitieren, müssen wir unsere Kräfte ganz energisch bündeln.

Vorschläge über die Schaffung einer Sonderwirtschaftszone gehen in dieselbe Richtung, sind rechtlich aber fragwürdig. Schon heute hat Brandenburg die Möglichkeit, Steuervergünstigungen für sich neu ansiedelnde Unternehmen zu gewähren. Und auch die Lohn- und Arbeitszeitstrukturen in Brandenburg sind flexibler als beispielsweise in Baden-Württemberg.

Das Land Brandenburg braucht auch keinen zusätzlichen Koordinator für Polen, wie es der neue brandenburgische CDU-Europakandidat an seiner Europaministerin vorbei fordert. Aber wir brauchen eine Neuordnung der Zuständigkeiten in der Landesregierung. Europa muss zukünftig Chefsache in Brandenburg sein. Die Zuständigkeit gehört in die Staatskanzlei und nicht als untergeordnete Zweitkompetenz in ein einzelnes Ministerium. Es scheint, die jetzige CDU-Justiz- und Europaministerin in der Brandenburger Landesregierung ist mit dem Aufgabengebiet Europa überfordert gewesen. Ihr Parteifreund und neuer Europakandidat jedenfalls erweckt diesen Eindruck, wenn er jetzt im Wahlkampf in der Öffentlichkeit verkündet, in Brandenburg sei das Thema „Europa bisher verschlafen“ worden.

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Frieden hat auch eine innere Dimension. Gegen den erbitterten Widerstand von Konservativen und Liberalen ist es uns gelungen, die Charta der Grundrechte in den Entwurf für eine Europäische Verfassung aufzunehmen.

Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, der deutsche Sozialdemokrat Klaus Hänsch, der auch Mitglied des Verfassungskonvents war, hat einen in ganz Europa anerkannten Beitrag für den Entwurf der Europäischen Verfassung geleistet. Derweil drohte die CSU immer wieder, den Verfassungsentwurf im Bundesrat abzulehnen.

Nach den jüngsten Entwicklungen in Spanien und Polen sieht es jetzt so aus, dass sich noch im Juni dieses Jahres die Europäische Union ihre erste Verfassung geben wird. Dann werden die Grundrechte für jede Bürgerin und jeden Bürger in Europa einklagbar sein.

Die Wahlen am 13. Juni sind die sechsten in der Geschichte der Europäischen Union. Nach einer in dieser Größenordnung noch nie da gewesenen Erweiterungsrunde werden zum ersten Mal in der Geschichte über 450 Millionen Europäerinnen und Europäer ein gemeinsames Parlament wählen. Die Erweiterung ist der Beitrag der Europäischen Union, den Kontinent im Prozess der Globalisierung zusammenzuhalten.

Liebe Freundinnen und Freunde,
der Zug nach Europa nimmt Fahrt auf und lässt das alte Europa der Nachkriegszeit hinter sich. Von einem fahrenden Zug abzuspringen, ist lebensgefährlich. Hoffentlich wissen dies auch die Briten. Sie stehen mit der von Tony Blair gerade angekündigten Volksabstimmung über die EU-Verfassung auch vor der Entscheidung, die EU zu verlassen oder endlich den Weg in die Lokomotive zu finden. Man kann nicht Heizer sein und gleichzeitig, die Notbremse ziehen.

Für Europa und für Brandenburg heißt das Codewort: „Ost-Erweiterung“. Dies ist der Schlüssel, der „Sesam-öffne-dich!“ für Brandenburg. Wir werden unsere Chancen im Erweiterungsprozess der EU nutzen.

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger,

für Deutschland ist die Europawahl auch eine Abstimmung über die Europäische Verfassung. Mit der Beteiligung am 13. Juni entscheiden sich die Brandenburger für Europa und für eine starke Vertretung ihres Landes in Brüssel.

Es liegt in unserer Hand, ob wir Hammer oder Amboss, Lokomotivführer und Heizer oder - Bremser sein wollen.

„Mit uns lebt Europa!“

Stark für ein friedliches Europa: Am 13. Juni SPD wählen!

Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit.